### Beschluss Leben & Soziales

Gremium: Kreismitgliederversammlung Offenbach-Land

Beschlussdatum: 25.10.2025

Tagesordnungspunkt: 7. Wahlprogramm zur Kommunalwahl

## Antragstext

Für den Bereich Soziales steht im Kreis das meiste Geld im Haushalt. Der

- angespannten Haushaltslage effizient zu begegnen, bedeutet für uns nicht nur
- eine auskömmliche, sondern auch effiziente Organisation, die den Erfordernissen
- würdevoll gerecht wird. Für ein gutes Leben ohne soziale Kälte im Kreis
- 5 Offenbach.

### 6 Wohnen

- Auch der Kreis Offenbach ist von dem Problem hoher und weiter steigender
  Mietpreise betroffen, wie alle Kommunen im Rhein-Main-Gebiet und vor den Toren
  der Zentren Frankfurt und Offenbach. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen,
  um die Mietpreise bezahlbar zu halten.
  - Wir streben die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft an, die günstigen und nachhaltigen Wohnraum für alle schafft.
    Holzmodulbauweisen bieten hierfür ökologische und flexible Lösungen. Ziel ist es, durch gemeinsame Projekte, kreisweite Förderprogramme und koordinierte Bodenpolitik neue Spielräume für sozialen und nachhaltigen Wohnungsbau zu eröffnen. Auch innovative Konzepte wie Zwischennutzungen oder kreisweite Wohnungstauschbörsen sollen geprüft werden, um bestehende Flächen effizienter zu nutzen. Angesichts der Inflation und steigender Baukosten halten wir am Grundsatz fest: Wohnen ist ein soziales Grundrecht für alle Menschen.

## Kinder und Jugend

- Wir wollen eine bessere Vernetzung der Kinder- und Jugendhilfe mit der
  Ausländerbehörde, um Doppelbearbeitungen und Hemmnisse auszuräumen. Auch in
  diesem Bereich muss das Beantragungswesen weiter digitalisiert werden.
  - Die zur Verfügung stehenden Plätze für Inobhutnahmen reichen im Kreis Offenbach nicht aus. Das werden wir dringend ändern.
  - KiTa-Plätze und Betreuungsplätze für Grundschulkinder im Kreisgebiet sollen im Zusammenwirken mit den Kommunen klagesicher in der erforderlichen Höhe ausgebaut werden. Wir wollen vermeiden, dass für Schadenersatzklagen wegen fehlender Betreuung Steuergeld ausgegeben wird.
  - Jugendlichen wollen wir nach Kräften mehr Partizipation ermöglichen und sie bei der Vernetzung in Politik und Gesellschaft unterstützen. Daher wollen wir unsere Zusammenarbeit mit Jugendgremien wie der Kreisschülervertretung, dem Jugendforum, dem Kreisjugendhilfeausschuss (KJHA) sowie Vereinen und Jugendinitiativen intensivieren. Wir wollen die

- Rechte der Kinder bei allen sie betreffenden Entscheidungen berücksichtigen.
- Weiterhin fordern wir, dass zukünftig alle Anträge der Parteien, die die
   Belange von jungen Menschen und des KJHA betreffen, vor der
   Beschlussfassung im Kreistag auf die Tagesordnung des KJHA kommen und im
   Gremium beraten werden können.
  - Für eine zukünftige Sicherung unserer Wirtschaft und einer Begegnung von Arbeits- und Fachkräftemangels streben wir im Kreis die Unterstützung bei der Schaffung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende an.

## 5 Geflüchtete

- Wir GRÜNE im Kreis stehen für eine klare Haltung und transparente Kommunikation in der Integrationspolitik. Die Errichtung weiterer großer Sammelunterkünfte wollen wir verhindern, Unterbringung soll dezentral fortgesetzt werden.
  - Wir wollen eine Betreuung der Traumatisierten ermöglichen und als Kreis an diesen Stellen für einen Ausbau sorgen, wo die bereits geschieht.
     Prävention sollte sich der Kreis hier leisten wollen.
  - Wir wollen insbesondere Mitarbeitenden im Kreisgebiet und in der Verwaltung Kurse für interkulturelle Kompetenz ermöglichen und die Teilnahme daran fördern

## 55 Frauen

- Frauenpolitik ist seit jeher wichtiger Teil GRÜNER Programmatik. In unserer
  Kreispolitik stellen wir uns klar gegen den Kurs eines konservativen Backlashs
  ins letzte Jahrtausend. Abgesehen von einer sich andeutenden Politiklandschaft
  als reine Männerdomäne, stehen folgende frauenpolitsche Maßnahmen in der
  Sozialpolitik des Kreises für uns im Vordergrund.
  - Die Zahl der Plätze hiesiger Frauenhäuser unterschreitet massiv, was gemäß Gewalthilfegesetz für den Kreis Offenbach notwendig wäre. Der Schutz vor Gewalt ist für uns Ausdruck der Menschenwürde. Die bisherige Arbeit unserer Fraktion in diesem Bereich soll verstärkt, öffentlich sichtbar gemacht und konsequent fortgeführt werden.
     Wir fordern eine Erhöhung der Plätze im Sinne der UN-Istanbul-Konvention.
  - Wir wollen die Einrichtung einer "Hotline nach Vergewaltigung" erreichen, die im Zusammenwirken mit den Krankenhäusern und der Leitstelle realisiert werden soll.
    - Wir fordern eine hauptamtliche Stelle für Frauen und Gleichstellung.

#### Teilhabe und Inklusion

- Menschen mit Behinderung sollen im Kreis Offenbach mitentscheiden können. Wir
- 73 setzen uns dafür ein, dass ein Inklusionsbeirat (Behindertenbeirat) eingerichtet
- vird, der regelmäßig tagt, Barrierefreiheit begleitet und bei politischen
- Entscheidungen mitwirkt. Denn wer Teilhabe ernst nimmt, muss Menschen mit
- 76 Behinderung auch eine Stimme geben. Die UN-Behindertenrechtskonvention
- verpflichtet uns dazu: Nichts über uns ohne uns.

## 78 Sozial- und Eingliederungshilfe

- Menschen ohne Obdach gibt es auch im Kreis Offenbach. Im Ringen um die
  Zuständigkeit wollen wir entwürdigendes Hin und Her beenden. Auf der Basis des
  Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit sind unsere Vorschläge diese
  Maßnahmen:
  - Wir wollen zentral über die Kreisverwaltung organisierte Anlaufstellen für die Betreuung und Versorgung obdachloser Menschen. Zu den Leistungen gehören niedrigschwelliger Zugang zu Wohnraum, medizinische Unterstützung und soziale Begleitung.
  - Um den unweigerlich über uns kommenden Herausforderungen des demographischen Wandels begegnen zu können, ist die wertvolle Arbeit der Leitstelle Älterwerden für uns wichtig und soll mit mir Kapazität ausgestattet werden.
  - Die sozialen Dienste der Kreis-Kommunen werden durch einheitliche Richtlinien im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen entlastet.
     Hilfsbedürftigen gibt dies im Ergebnis Orientierung und Rechtssicherheit.
  - Der Kreis soll sich dafür einsetzen, dass die Wohlfahrtsverbände reformiert werden. Dabei geht es uns insbesondere darum, den drohenden Abbau von Leistungen der Wohlfahrtsverbände zu verhindern.

#### 97 Gesundheit

- 98 Wir fordern eine Bedarfsermittlung für Pflegeplätze im Kreis. Auch für die
- 99 Belegung von Pflegeplätzen wünschen wir uns eine stärkere Koordinationsrolle des
- Kreises. Viele Menschen landen in der Pflege, weil sie nach einem
- 101 Klinikaufenthalt keine Reha antreten können: zu weit weg, zu spät bewilligt oder
- schlicht nicht machbar. Dabei wäre genau in diesem Moment Hilfe entscheidend.
- 103 Mobile Reha kommt nach Hause, unterstützt im Alltag und kann Pflegebedürftigkeit
- verhindern. Wir wollen im Kreis Offenbach ein Modellprojekt starten, das zeigt,

wie frühzeitige Unterstützung Kosten senkt, Selbstständigkeit erhält und Menschen vor dem Heim bewahrt.

- Wir wollen mit Blick auf das Leben in Zeiten des Klimawandels im Kreis Offenbach einen wirkungsvollen Hitzeschutzplan einrichten.
- Wir wollen eine zentrale Erfassung von Bedarf und Angebot von Pflegeplätzen im Kreis etablieren.
  - - Der Eigenbetrieb Rettungsdienst soll im Kreis Offenbach gestärkt werden. Wir befürworten die Einführung eines Tele-Notarztsystems.
      - Im Kreis Offenbach existieren zu wenige Hospize. Wir wollen eine aktive Rolle des Kreises Offenbach bei der Förderung von Hospizen.

# Psychische Gesundheit als Teil öffentlicher Vorsorge

- Wir setzen uns für den Ausbau der psychologischen Versorgung ein insbesondere im Bereich der Gewaltprävention. Menschen mit psychischen Erkrankungen benötigen frühzeitige Unterstützung. Wir fördern Trauma-Kurse, stärken Selbsthilfegruppen und qualifizieren ehrenamtlich Engagierte. Psychische Gesundheit ist eine zentrale Säule öffentlicher Sicherheit und darf nicht länger vernachlässigt
- HOHE MIETEN BEKÄMPFEN | FRAUENHÄUSER AUSWEITEN | VERWALTUNG DER ÄMTER VERBESSERN ANGEBOTE GEGEN OBDACHLOSIGKEIT SCHAFFEN | PSYCHOLOGISCHE BEGLEITUNG AUSWEITEN